

## Gewerkschaftspolitik

### Diskussion auf der Tagung „Gewerkschaftstheorie heute“

#### *Zusammenfassung der Diskussion zum Beitrag Vodopivec*

*Günter Stephan* (DGB-Bundesvorstand) eröffnete die Diskussion mit der Frage, welche Auswirkungen die vorgesehenen, bis zu 49 % reichenden privaten Kapitalbeteiligungen auf die jugoslawische Selbstverwaltung haben. Werde durch einen solchen Einfluß nicht die Selbstverwaltung erheblich erschwert?

*Ernst Piehl* (WWI Düsseldorf) fragte den Referenten, ob er im Sinne der Unterscheidung neomarxistischer Autoren wie *Gorz* und *Mandel* eine Selbstverwaltung auch in einem kapitalistischen System sich vorstellen könne. Nach Auffassung dieser Autoren sei die Selbstverwaltung nur unter sozialistischen Bedingungen, die Arbeiterkontrolle dagegen nur unter kapitalistischen Bedingungen möglich, da im letzteren Falle nur über das „wie“ der Produktion im Sinne von Gruppeninteressen mitbestimmt werden könne.

Dr. *Gerhard Leminsky* (WWI Düsseldorf) begrüßte Vodopivecs Darstellung der Selbstverwaltung als eines Prozesses, der von den sozialökonomischen Bedingungen abhängig sei. Auch sei das umrissene Spannungsfeld interessant, das sich zwischen der Forderung nach Rentabilität des eingesetzten gesellschaftlichen Kapitals und den sozialen Einflußfaktoren ergebe. Er warnte vor einem zu großen theoretischen Anspruch. Es stelle sich noch die Frage, wie der Betriebsegoismus ausgeschaltet werden könne. Gibt es hier Analogien zu den deutschen Ideen der Mitbestimmung? Was heißt gewerkschaftliche Autonomie im jugoslawischen System? Welche Sanktionsmöglichkeiten haben die Gewerkschaften gegenüber sonstigen Gruppen?

Dr. *Wolfgang Krüger* (*Die Zeit*) stellte die Frage, welche Rechte den einzelnen Arbeitnehmern an den Arbeitsplätzen, insbesondere im Fall von Umsetzungen, gegeben seien, wie die Kommunikation zwischen den Direktoren und den Arbeitnehmern funktioniere und wie die einzelnen Arbeitnehmer in diesem Prozeß mitwirkten. Prof. *Wallraff* ergänzte die Frage nach der Autonomie der Gewerkschaften dahingehend, ob die Gewerkschaftsmitgliedschaft freiwillig sei und wie hoch die Organisationsquote sei.

*Vlado Vodopivec* erklärte, daß es grundsätzlich nur freiwillige Mitgliedschaft in den Gewerkschaften gebe. Es seien sogar — um das an einem negativen Beispiel zu verdeutlichen — Belegschaften aus den Gewerkschaften ausgetreten. Die Gewerkschaften seien gegenüber allen politischen Strukturen, auch der Selbstverwaltung in den Betrieben, autonom. Der Arbeitsrat eines Betriebes könne den Gewerkschaften keinerlei Aufgaben stellen. Die Gewerkschaften seien auch keine Transmissionen für andere Organisationen oder Strukturen. Sanktionen seien nur durch gewerkschaftliche Aktionen möglich. Im Sozialismus sei eine Arbeiterkontrolle überflüssig; eine Kontrolle sollte von den bestehenden gesellschaftlichen Institutionen in einem allgemeinen Sinne sichergestellt werden, nicht aber durch unmittelbaren Eingriff. Das sei Aufgabe der Selbstverwaltung; eine Arbeiterkontrolle wäre im jugoslawischen System dysfunktionell. Im Modell der Selbstverwaltung entscheidet diese als Legislative über alle Ziele der Produktion und der Entwicklung des Betriebes. Die administrativ-technische Struktur ist den Trägern der Macht verantwortlich und hat lediglich Vorschläge für Investitionen, Gewinnverteilung, Modernisierung und die Neugestaltung von Arbeitsprozessen zu unterbreiten. Der Arbeitsrat wird für zwei Jahre gewählt. Beim Rotationsprinzip kann keiner mehr als zwei Perioden im Arbeitsrat sitzen. Selbstverständlich haben sich Schwierigkeiten mit diesem Prinzip ergeben; endgültige Lösungen sind noch nicht abzusehen. Angestrebt wird die volle Verantwortlichkeit der administrativen Strukturen, während zugleich die Rolle der Legislative in keiner Weise vermindert werden soll.

Eine weitere Frage von *Walter Kröpelin* (Bayerischer Rundfunk) zielte auf die Schaffung eines Industriebewußtseins auf dem Hintergrund agrarischer Strukturen. Auch wurde gefragt, wie sich ein Ausgleich zwischen Betriebsegoismus und gesamtgesellschaftlichen Interessen ergäbe. Prof. *Shell* (Frankfurt am Main) stellte Fragen nach dem Koordinierungsmechanismus in der jugoslawischen Volkswirtschaft. Wenn eine zentralistische Planung weitgehend beseitigt sei, handele es sich um eine sozialistische Marktwirtschaft, die auch inter-

national konkurrieren muß. Wenn dies so sei, dann sei auch kein Raum mehr für Betriebs-egoismus, der sonst zum Zusammenbruch der Betriebe führe. Insofern erübrige sich auch die Frage nach der 49prozentigen Beteiligung von privatem Kapital an Betrieben. Das Management des jugoslawischen Unternehmens sei dann in der gleichen Lage wie in einem kapitalistischen Unternehmen. Welcher Raum verbleibt noch für zentrale Entscheidungen? *Erwin Enge* (GdED) stellte noch einmal die Frage, ob die Gewerkschaften nicht doch Transmissionsriemen der Partei seien. Wie sei im übrigen sichergestellt, daß die Unabhängigkeit der Gewerkschaften ohne Kontrolle durch die Partei funktioniere?

Prof. *Fabian* (*Gewerkschaftliche Monatshefte*) erkundigte sich nach den geschichtlichen Bedingungen, die zu regional unterschiedlichen strukturellen Entwicklungen führten. Haben die Gewerkschaften in diesem Prozeß eine Integrationsrolle gespielt? Dr. *Leminsky* (WWI Düsseldorf) sah Differenzierungsmöglichkeiten hinsichtlich des Betriebsegoismus — dieser könne sich auch in großen Betrieben zu Lasten kleiner entwickeln, um ein Beispiel zu nennen. Wenn marktwirtschaftliche Prinzipien gelten, wo bleibe dann Raum für die Arbeiterselbstverwaltung? Welchen Einfluß nehme die Arbeiterselbstverwaltung auf Stil und Inhalt der konkreten Unternehmenspolitik? *Alfred Ströer* (ÖGB, Wien) fragte, wie das jugoslawische System in Diplomatie, Partei, Gewerkschaften und Betrieb mit der Rotation vernünftig arbeiten könne. Welche Auswirkungen ergeben sich auf die Mitbestimmung?

*Vlado Vodopivec* schloß definitive Antworten auf alle Fragen aus. Jugoslawien sei noch auf der Suche. Es handele sich weder um ein fertiges noch um ein optimales Modell, vielmehr um das Resultat aus Erfahrungen und theoretischen Überlegungen. Dieses Modell müsse ständig modifiziert werden. Das Rotationsprinzip ergebe ohne Frage einige Probleme. Insbesondere bei der Stellung von Betriebsdirektoren erweise sich die Grenze von vier Jahren als kritisch. Die Rotation sei nur ein Prinzip, das nicht unter allen Umständen durchgehalten werden könne. Im Zusammenhang zwischen sozialistischer Marktwirtschaft und betrieblicher Autonomie wurde auf die enge Verbindung zwischen zentraler und betrieblicher Planung verwiesen, die eng miteinander verzahnt seien. Der Prozeß der Anpassung agrarischer an die Industriestrukturen sei schwierig und bei weitem noch nicht abgeschlossen. Das führe auch gelegentlich innerhalb der Arbeitnehmerschaft zu Konflikten. Wer jedoch Zweifel habe, daß die Gewerkschaften keine Transmissionsfunktion für die Partei habe, der möge sich selbst an Ort und Stelle davon überzeugen. Wenn in der Vergangenheit Konflikte aufkamen, so nicht zwi-

schen betrieblichen und gesamtgesellschaftlichen Interessen, vielmehr zwischen den Interessen der gesamten Arbeitnehmerschaft und solchen kleinerer Gruppen. In solchen Fällen habe das Interesse der gesamten Arbeitnehmerschaft im Vordergrund gestanden.

#### *Zusammenfassung der Diskussion zum Beitrag von Prof. Dr. Shell*

Da die Diskussion des Referats von Prof. Shell zahlreiche aktuelle und historische Bezüge aufwies, sind hier nur deren wesentlichste Beiträge wiedergegeben, in denen ein Zusammenhang mit der Gewerkschaftstheorie gegeben scheint.

*Walter Kröpelin* (Bayerischer Rundfunk) verwies auf die Spannungen, die zwischen den amerikanischen Gewerkschaften der AFL-CIO und dem DGB bzw. europäischen Gewerkschaften aufgetreten seien, weil diese sich noch sehr stark als Träger von Vorstellungen eines militanten Antikommunismus und des kalten Krieges betätigen. Prof. *Shell* verwies auf Untersuchungen über autoritäre Einstellungen in der amerikanischen Arbeiterklasse, die vielfach im Gegensatz zu den liberalen Auffassungen von Führungsschichten in den Gewerkschaften stehe. Vor allem der ethische Hintergrund bestimmter Bevölkerungsschichten begünstige antikommunistische Ideen. Im Gegensatz hierzu sei die Rolle der UAW zu sehen, die unter der Führung der Brüder *Reuther* mehr den Vorstellungen der europäischen Gewerkschaften entspreche.

*Dale Good* (Arbeitsattache der US-Botschaft) fand es zu einseitig, die amerikanischen Gewerkschaften als rein antikommunistisch zu bezeichnen. Schon unter *Gompers* war eine klare Ablehnung von Diktaturen zu verzeichnen. Die Kritik der AFL-CIO richte sich daher nicht nur gegen die sowjetischen Bedingungen, sondern ebenso gegen Verhältnisse beispielsweise in Griechenland und Spanien.

Für *Ludwig Mayr* (DGB-Kreis Lauenburg) sind die US-Gewerkschaften zu sehr ein verlängerter Arm der amerikanischen amtlichen Außenpolitik. Die Annahme von Mitteln der CIA wurde kritisiert. Prof. *Shell* wies darauf hin, daß es in der amerikanischen Demokratie bis vor kurzer Zeit nicht ehrenrührig schien, mit Geheimdiensten im Sinne der Demokratie zu kooperieren. Kritisch sei dies erst seit Vietnam geworden. *Dale Good* verwies auf *Meany*, der bestritt, daß die CIA Mittel an die AFL-CIO gegeben habe. 25 Prozent des Etats der AFL-CIO stehe für internationale Arbeit zu Verfügung. Es sei jedoch im Etat der US-Regierung klar ausgewiesen, daß die amerikanischen Gewerkschaften Mittel von AID (*Agency for International Development*) zur

Förderung der freien Gewerkschaftsarbeit in Afrika und Lateinamerika erhielten.

*Alfred Ströer* vom ÖGB verwies auf die mangelnde Obereinstimmung, die sich häufig zwischen AFL-CIO und offizieller Regierungspolitik in USA ergeben habe. Die amerikanischen Gewerkschaften seien häufig schärfer gegen Kontakte gewesen als die jeweiligen Regierungen. Dies habe auch beim Austritt der AFL-CIO aus dem IBFG eine wichtige Rolle gespielt. Die europäischen Gewerkschaften stünden weithin verständnislos der Einstellung der amerikanischen Gewerkschaften in diesen außenpolitischen Fragen gegenüber. *Good* sah in diesen Entwicklungen einen Ausdruck eines gewissen Isolationismus, der erst in der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg, auch innerhalb der Gewerkschaften, aufgegeben wurde. Auch heute zeigen sich wieder Tendenzen zu einem geringeren Engagement der Vereinigten Staaten, die auch in der Gewerkschaftssphäre ihren Niederschlag fänden.

*Bernhard Tacke* (DGB) sah in dem derzeitigen Rückzug der AFL-CIO aus dem IBFG mehr als eine antikommunistische Einstellung; er sieht vielmehr darin einen gewissen Isolationismus, der sich in seiner Aktivität auf den eigenen Kontinent, einschließlich Lateinamerikas, beschränke. Auch spielten in der ganzen Entwicklung innergewerkschaftliche Auseinandersetzungen zwischen den *Reuther*- und *Meany*-Gewerkschaften eine gewisse Rolle. Offensichtlich sei auch der Prozeß der Willensbildung in den amerikanischen Gewerkschaften nicht ohne weiteres mit den in den europäischen und den westdeutschen zu vergleichen, so daß hier möglicherweise Raum für eine starke Eigenwilligkeit führender Gruppen im Sinne einer bestimmten Politik gegeben sei.

*Ernst Piehl* (WWI) stellte eine Frage nach den Zusammenhängen der ökonomisch-technischen Entwicklung, ihres Einflusses auf die Arbeitnehmerschaft bei zunehmender Rolle der Experten, der Sachzwänge und der Entwicklung autoritärer Strukturen in der Industrie. Gibt es im amerikanischen Bereich Entwicklungen, die ähnlich denen in Frankreich bei den höher qualifizierten Arbeitnehmerschichten zu einem höheren Grad an Unabhängigkeit, Selbstbewußtsein und Kampfbereitschaft führten?

*Detlef Hensche* (WWI Düsseldorf) stellte die Frage, inwieweit durch die Tarifmacht der Versuch gemacht wird, die Unternehmenspolitik, Investitionen und Personalführung zu beeinflussen. Gibt es Tendenzen in der Gesellschaft, die Tarifmacht einzuschränken?

Prof. *Shell* griff einige Fragen heraus. Nach seiner Darstellung sieht *Galbraith* die Gewerkschaften auf dem Weg zur Integration in die Technokratie. Doch es gäbe Gegendarstellungen, wonach Mitbestimmungs- und

Selbstbestimmungsforderungen aufgestellt würden. Diese seien jedoch nur idealistisch begründet, bisher gebe es kaum eine empirische Basis; auch scheint keine Bewußtseinslage dafür vorhanden zu sein, doch sei eine Entwicklung in dieser Richtung nicht auszuschließen. Die Franzosen könnten hinsichtlich ihrer revolutionären Einstellung allerdings nicht mit Deutschen und Amerikanern verglichen werden. Es müsse daher auch offenbleiben, ob selbst diese europäischen Entwicklungen Vorboten einer neuen gesellschaftspolitischen Entwicklung seien. *Shell* sah auch in den USA eine freiere Setzung der Tarifstrukturen und einen größeren Abstand zwischen gesetzlichen Regelungen und Tarifautonomie. Ein Zwischenruf verwies auf die gesetzlich stark einschränkenden Abkühlungsperioden vor Arbeitskämpfen. *Shell* sah auch Ansätze zum Eingriff in Vorrechte der Unternehmenseite insbesondere in Personalfragen, bei der Beeinflussung technischer Entwicklungen, bei Versetzungen, Abfindungen und in ähnlichen Fragen. Ein Partnerschaftsverhältnis schein sich in einigen Bereichen abzuzeichnen.

*Dale Good* verwies auf den Sonderfall der ILGWU (Internationale Gewerkschaft der Arbeitnehmer der Damenoberbekleidungsindustrie), die in Sonderfällen zur Rationalisierung Darlehen an Firmen gab und auch Betriebsberatungsdienste durch eigene Arbeitstechniker leistete. Auf der anderen Seite der Skala zitierte er *L. Lewis*, der zur deutschen Mitbestimmungsidee befragt wurde und antwortete: „Wenn wir Mitbestimmung wollten, würden wir die Firma kaufen“.